



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17/228 - 5. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 04884 - 33

Fernschreiber 0866890

Zeitsweise

den Inhalt:

Auf dem Weg zur Eroberung des Weltalls	S. 1
Indonesien zu neuen Ufern	S. 2
Das Janssen um Schaffer	S. 3
Der Ruhrbergbau zur Ministerliste	S. 5
Die politische Reportage : Blick auf Frankreich	S. 6

Der erste künstliche Erdsatellit

Der. Die Besten neuer Entdeckungen und gelungenen Experimente führen uns. Mit Riesenschritten vollzieht sich auf allen Gebieten eine geradezu revolutionäre Entwicklung, deren Auswirkungen niemand übersehen kann. Das Streben des menschlichen Geistes, die Natur sich untertan zu machen und in ihrer unbekannten Bereich Eindringen, kennt keine Grenzen; was in diesem fünfzigsten Jahrhundert geschah und geschieht, übertrifft die Summe aller menschlichen Erfahrungen und Erkenntnisse vergangener Jahrtausende. Technik, Wissenschaft und Forschung streben neuen, ungeahnten Höhen und Zielen entgegen.

Seit den frühen Morgenstunden des 4. Oktober umkreist ein von Menschenhand geschaffener Satellit in 900 km Höhe und mit unvorstellbarer Geschwindigkeit die Erde. Schon seit zwei Jahren lag die Möglichkeit, künstliche Monde in das Weltall zu jagen, in der Luft. Die besten Gehirne der Vorkriegsjahre Stenets und der Sowjetunion arbeiteten an der Verwirklichung dieses Projekts. In diesem friedlichen Wettbewerb ging die Sowjetunion als erste durchs Ziel; ihre Wissenschaftler und ihre Techniker schlugen die Amerikanischen Kollegen um Längen. Weidlos hat das der amerikanische Lehmann für Erdsatelliten und Raketen, Dr. Lloyd Bergner, bemerkt. Auf dem Empfang der sowjetischen Botschaft in Washington beglückwünschte er die sowjetischen Wissenschaftler zu ihrem Erfolg. Ist das nicht ein gutes Zeugnis? Der Respekt und die Anerkennung vor wissenschaftlichen und technischen Leistungen, vor wack immer nur auch vollbracht werden, sollte keine geographischen Grenzen kennen, denn es ist der Geist, der hier an Werke ist.

Auf dem Gebiet des technischen und wissenschaftlichen Wettbewerbs hat sich die Sowjetunion jetzt vor aller Welt als ein gleichwertiger Faktor erwiesen. Es mag immer noch in Westen Leute geben, die es nicht begreifen können, welche ungeheurer Wandel in den letzten 40 Jahren in diesem Winkel der Erde eingetreten ist, die es nicht fassen können, dass die Sowjetunion, wenn auch unter unmöglichen Umständen und Drangsalen für ihre Arbeiter, dabei ist, mit Riesenschritten den technischen Standard der westlichen Welt einzuholen. Für dieses Ziel setzt sie alle verfügbaren Mittel ein, schickt sie ihre Jugend in die Laboratorien und Forschungsstätten, gründet sie immer neue Schulen und Universitäten ...

Die alten europäischen Industrienationen, von denen einst gewaltige Impulse für die Technisierung und Industrialisierung der Welt ausgingen, stehen in den Rückstand zu geraten. Sie werden große Anstrengungen unternehmen müssen, um ihren Platz in der Welt vor den Giganten im Osten und Westen zu behaupten. Hier, und nicht in der Konzentration militärischer Machtentfaltung liegt ihre Chance, im Wettbewerb mit der technischen Erhebungen unserer Zeit bestehen zu können.

Neue Freundschaft zwischen Sukarno und Hatta

D.Str. Nur eine Erneuerung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Sukarno, dem Staatspräsidenten, und Dr. Mohammed Hatta, dem Vizepräsidenten, der wegen der offenen Korruption von Mitgliedern der Regierung Sastroamidjojo seine weitere Mitarbeit aufgekündigt hatte, konnte die junge Republik Indonesien vor völligen Zerfall retten. Hohe Offiziere der indonesischen Wehrmacht auf Sumatra und Celebes hatten um die Jahreswende 1956/57 auf diesen beiden großen Inseln die Macht an sich gerissen, weil die Zentralregierung in Djakarta auf Java nicht nur allzu einseitig die führenden politischen Posten Javanern zuschob, sondern auch den Ausbau der Inselwirtschaft vernachlässigte, obwohl Sumatra z.B. erhebliche Exportprodukte aufbrachte, von deren Erlös die Inselbevölkerung anteilmäßig jedoch wenig widersah. Hinzu kamen die permanenten Korruptionsfälle bei der Vergabe von Importlizenzen und sogar ein Devisenvergehen des amtierenden Außenministers Ruslan Abdulgani.

Der Präsident, Mitglied der Regierungspartei, Partai Nasionalis Indonesia, hatte keinen rechten Mut, mit eisernem Besen unter seinen Parteifreunden aufzuräumen, so daß nicht nur die hohen Offiziere diese Versäumnisse nachholen mußten, sondern auch Sukarnos Kampfgefährte, der kluge und zurückhaltende Mohammed Hatta, ein Nationalökonom von internationalen Ruf, sein Amt zur Verfügung stellte. Die Folge war, so schien es den Außenstehenden, eine drohende Autonomie der großen Inseln und die Auflösung der indonesischen Republik. Dem war jedoch nicht so. Die Offiziere wollten durch den Druck auf die javanische Zentrale den Staatspräsidenten Sukarno, der als das Ideal der Freiheit des Landes gilt, veranlassen, durchzugreifen. Ihnen ging es gerade um den Bestand der staatlichen Einheit Indonesiens, für die sie von 1945 bis 1949 mit den Holländern gerungen hatten.

Es gelang ihnen auch, Premierminister Ali Sastroamidjojo zu stürzen, den Einfluß der Kommunisten in den höchsten Ämtern zurückzudrängen und größere Rechte der Inselprovinzen durchzusetzen. Ihr Ziel war, eine Synthese zu finden zwischen der bestehenden indonesischen Zentralregierung und der früheren föderativen Staatsform der "Vereinigten Staaten von Indonesien" (Republik Indonesia Serikat), die der bis Januar 1950 bestehenden Inselrepubliken eine umfangreiche Autonomie beließ. Das Erreichte innepolitisch zu manifestieren, fand Ende September 1957 in Djakarta eine "Nationale Konferenz" statt, wozu alle "rebellierenden" Inselkommandanten erschienen waren. Der hervorstechendste Erfolg dieser Konferenz war, daß Mohammed Hatta seinem Freund und Kampfgenossen der Revolutionzeit, Sukarno, wieder die Hand gereicht hat. Die für Süd-Ostasien schon sprichwörtlich gewordene "Twitunggal", die Zweieinigkeit Sukarno-Hatta, ist damit wieder hergestellt.

Indonesien kann aufatmen. Kabinettschef, Dr. Djuanda, ebenfalls ein Nationalökonom von Rang, kann sich auf Dr. Hatta stützen, der in seiner sachlichen abwägenden Art eine notwendige Ergänzung zum temperamentvollen, agitatorischen Sukarno ist. Mit gutem Gewissen kann der Kerner des Landes, seiner Menschen und seiner Politiker sagen, daß Indonesien sich zu neuen Ufern gefunden hat, ohne in seiner schweren Krise in das Abgründchen des östlichen Totalitarismus abgeglitten zu sein.

* * *
* * *

Schäfferiana
- - - - -

PP. Damit kein falscher Eindruck entsteht, sei es vorab festgestellt: Die SPD hat die Finanz- und Steuerpolitik von Fritz Schäffer immer für falsch und unsozial gehalten und bekämpft. Sie würde auch einen neuen Bundesfinanzminister Fritz Schäffer in scharfer Opposition gegenüberstehen.

Bevor das klargestellt ist, darf man sich jetzt dem Tauziehen zuwenden, das gegenwärtig um Schäffer veranstaltet wird und das auch für die Opposition von Interesse ist. Es ist nämlich interessant, zu untersuchen, aus welchen Ecken die Quertrottereien gegen Schäffer kommen. Hier spielen weniger parteipolitische Motive als handfeste Interessen der Wirtschaft eine Rolle. Diejenigen Kräfte, die Schäffer beseitigen wollen, verfolgen dieses Ziel ausschließlich mit der Absicht, sich noch schärfer als bisher zu bereichern.

Man mag über Schäffer denken wie man will, aber eines kann man ihm nicht abstreiten: In seiner Finanzpolitik, die falsch war, hat er trotzdem gewisse Haushaltsprinzipien beachtet. So hat er sich immer, wenn auch nur im internen Bankenspiel, gegen die Verschleuderung von Bundesvermögen gewehrt. Da aber die neue Ära unter den Zeichen "Eigentum für alle" stehen soll, worunter im Grunde genommen nur ein Ausverkauf von Bundesvermögen an wenige Interessenten zu verstehen ist, ist Schäffer diesen Kreisen natürlich ein Dorn im Auge.

In der Steuerpolitik ist es ähnlich. Fritz Schäffer hat zwar in den acht Jahren seiner bisherigen Tätigkeit niemals das Ziel verfolgt, die kleinen Steuerzahler entscheidend zu entlasten, sondern immer hat er dafür gesorgt, daß die Maßnahme in der Wirtschaft den größten Anteil von Steuersenkungen erraffen konnten. Aber das ist diesen Kreisen immer noch zu wenig gewesen, und nach dem Wahlsieg, den sie finanziert haben, wollen sie jetzt noch weit mehr als bisher abrahamen. Ob zu Recht oder zu Unrecht, mag dahingestellt sein, aber diese Kreise der

5. Oktober 1957

- 4 -

Wirtschaft sehen in Schäffer ein Hindernis und sie wünschen sich einen noch gefügigeren Mann an seine Stelle.

Fritz Schäffer soll hier nicht etwa verteidigt werden, aber es sollte auch Pflicht der Opposition sein, aufzuzeigen, welches Spiel hier getrieben wird und welche Gefahren drohen. Denn abgesehen von der Personenfrage kann nur der künftigen Haushaltspolitik nur mit den größten Bedenken entgegensehen. Die SED hat schon bei der Verabschiedung des Wahl-Ertrags 1957 eindringlich davor gewarnt, die rechnerische Möglichkeit mit Hilfe eines gefährlichen Konstantes herzustellen. Man hat damals aus dem sogenannten Juliustar Milliarden von Mark zum Ausgleich des Haushalts ein gesetzt, aber nicht für einmalige, sondern für Vertilafunde ausgegeben. Diese werden auch 1958 aufwerten. Wenn die NATO überseits einen zusätzlichen deutschen Militärbeitrag in Höhe von drei Milliarden DM. anfordert, dann dürfte das auch im Haushalt 1958 etwa sieben Milliarden DM. betragen.

Die Frage ist, wie es geschlossen werden kann. Diese Antwort hat die Regierung zu geben. Die Opposition aber würde sich mit aller Kraft dagegen wehren, wenn man versuchen sollte, die Summe durch einen Abbau der sozialen Leistungen aufzubringen. Sie könnte auch keineswegs mitmachen, wenn man glaubt, die Erklärungsabgabe, sowie Rüstungssteuer, in Anspruch zu nehmen. Das Problem wird nur zu lösen sein, wenn man nicht, wie bisher, den Verteidigungs-Etat als einen "festen Block in der Landschaft" ansieht.

Es kommt also auf haushaltspolitischen Gebiet allerhand auf uns zu, und man darf gespannt sein, wie die Regierung - mit oder ohne Schäffer - diese Aufgabe lösen wird.

* * *

- 5 -

5. Oktober 1957

Jetzt geht's um Erhard's Kopf

Der selbe Mann, der mit den Geldern der Unternehmer in der gesamten westdeutschen Presse in Grossinseraten den Wählern präsentiert wurde, der als personifiziertes Symbol der freien oder "sozialen" Marktwirtschaft dem Kanzler die Wahl gewinnen half, steht nun auch - wie sein Kollege Schäffer - auf der Abschlusliste. Der Ruhrbergbau fordert seinen Kopf.

"Die Welt", die sich sehr plötzlich der politischen Konjunktur der effektiven Machtverhältnisse in der Bundesrepublik nach dieser Wahl, angepasst hat, machte sich zum zusätzlichen Sprachrohr der Kohlenbarone. Sie schliesst mit dem Kohlenkartell gegen diese Minister, deren Partei zwar nach der Mehrheitswahl die Mehrheit gewann, jedoch die Macht an die Unternehmer verlor. Das wurde Erhard am Dienstag, dem 1. Oktober, in seinem Gespräch mit den Kohlenbaronen erbarungslos vorgeführt. Jedoch er selbst hat anscheinend diesen Handel noch nicht begriffen. So schickte man "Die Welt" und dem neu in die Redaktion eingetretenen publizistischen Börsenspekulant der Ruhrzechen, Peter Waller, erneut vor, um den nächsten Schritt aus dem Hinterhalt anzufuern.

In seinem kohlegelärteten Beitrag "Kohlepolitik ohne Leidenschaft" droht er hässlich an: "Es könnte nützlich sein, dass er (Erhard) künftig im Weltmarkt innerhalb des Kartells stehen wird. Bisher hat sich in Luxemburg speziell mit der Kohle- und Energiepolitik befasst, und was bisher von seinen Ansichten erkennbar wurde, scheint rühlich realistisch."

In der Tat, neben der kalten Abfuhr, die Erhard direkt vom Unternehmensverband Ruhrbergbau erhielt, hat ihn wohl am stärksten die nicht weniger kalte Antwort getroffen, die ihm die Montan-Union auf seinen Hilferuf erteilte. Etzold, Erhard's Parteifreund, hatte die wahre Macht-situation in der Bundesrepublik und zugleich seine eigene Chance als eventueller Nachfolger Erhard's "realistischer" erkannt. Auch er zeigte Erhard die kalte Schulter, verwehnte sich hinter die Kompetenz der Montan-Union und liess Erhard wegen unrechtmässiger Säussung in die Preisfrage sogar eine Rüge erteilen. Man kann nur sagen: Parteifreunde unter sich ...

Jetzt kommt es nur noch darauf an, Erhard das Vertrauen des Kanzlers zu entziehen, das ihn zur Zeit allein zu stützen scheint. Und so schreibt "Die Welt" an die Adresse Adenauers gerichtet: "Die letzte vorgelegte Rechnung mag die Regierung und Regierungspartei einige Stimmen, namentlich der Hausfrauen, kosten. Mit einem Krieg gegen den Ruhrbergbau würden sie ... die Stimmen der Bergarbeiter verlieren." Zu deutsch heisst das, Adenauer, gib uns Erhard's Kopf, sonst könnte auch der Teufel in Gefahr geraten. Eine prekäre Situation für die Regierung - doch wir sehen uns nicht in der Lage, sie deswegen zu bedauern.

Die politische Reportage

Elick auf Frankreich

Von G. Markscheffel.

Wie es in Frankreich weitergehen wird, ist schwer zu sagen. Vielleicht gelingt es einem der ehemaligen Ministerpräsidenten, eine neue Regierung zu bilden. Jedermann ist sich in Frankreich jedoch darüber einig, daß nur durch eine grundlegende Bereinigung des Algerien-Problems wieder normale Zustände geschaffen werden können.

Der Krieg in Algerien kostet Frankreich pro Tag 2 Milliarden Franc; das sind etwa 20 Millionen Mark. Seit fast einem Jahr hat Frankreich in Algerien 400 000 Mann in der Metropole mobilisierte Jahrgänge stehen. Ähnlich wie vor der großen Indochinakrieg geben heute die meisten Politiker im Gespräch unter vier Augen zu, daß in Grunde genommen diese oder jene abzuweichen, daß Algerien jetzt schon verloren ist. Die offizielle Politik will davon natürlich nichts wissen; sie tut weiter so, als wäre Frankreich Algerien belien.

Dabei wissen es die in Nordafrika lebenden Franzosen besser; jedenfalls die Reichen unter ihnen. Aus Algerien, Tunesien und Marokko sind in den letzten Monaten etwa 250 Milliarden Franc zurückgezogen worden. Dieses Geld wurde zum Teil in Frankreich, zum Teil im Ausland investiert. Es arbeitet jetzt vielleicht in der französischen Wirtschaft; es "arbeitet" aber auch in der französischen Politik. Gute Köpfer der französischen Verhältnisse behaupten, daß der wachsende Einfluß der Rechten in der Nationalversammlung nicht zuletzt auf die Macht dieses Geldes zurückzuführen sei ...

Frank war ein französischer Politiker - ganz gleich welcher Richtung - warum trotz alledem keine Entscheidung über Algerien herbeigeführt wird, sucht er mit den Achseln. Der kluge Politiker antwortet diplomatisch: "Weil keiner und keine Partei den schwarzen Peter für die Liquidation Algeriens übernehmen will".

Warum die Arbeiterschaft noch nicht rebelliert

Aufgrund manch oberflächlicher Beurteilung der Situation Frankreichs könnte man annehmen, daß dort jetzt alles drunter und drüber geht, daß die Preise steigen. Die Löhne steigen aber auch. Die französische Wirtschaft hat heute zum ersten Mal den Grad der Vollbeschäftigung erreicht. Es gibt nur 14 000 Erwerbslose unter 60 Jahren. Insgesamt sind es 27 000. Die französische Industrie hat noch nie so viele Aufträge gehabt wie jetzt. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ist so groß, daß im März etwa 48 000 freie Stellen nicht besetzt werden konnten. Trotz gesetzlicher 40-Stunden-Woche arbeiten in der mechanischen Industrie 60% der Arbeiter 48 und mehr Stunden in der Woche. Die Gewinnspannen des Zwischenhandels haben eine nie erlebte Höhe erreicht. Auch die Gewinne in der Industrie sind höher als normal. Es gibt in der privaten Industrie zahlreiche Arbeitgeber, die ihren qualifizierten Arbeitern sofort mehr Lohn anbieten, wenn sie spüren, daß in Betrieb etwas los ist. Die von der Regierung Holland eingeführten erhöhten sozialen Leistungen wirken sich für viele Arbeitnehmer günstig aus. Die dreiwöchentliche bezahlte Urlaub wird von großen Teilen der Arbeiterklasse als echter sozialer Fortschritt bezeichnet. Vielleicht ist das

alles ein Grund für die verhältnismäßige Ruhe in der französischen Arbeiterschaft.

Das hier Gesagte trifft aber hauptsächlich auf die Privatindustrie zu. In den öffentlichen Betrieben und bei den Behörden sieht es anders aus. Dort sind Löhne und Gehälter durch langfristige Verträge geknüpft; sie können nur durch Regierungsmaßnahmen verändert werden. In diesen Arbeiterschichten rumpelt es gewaltig.

Staat und Unternemmerschaft haben es in den letzten Monaten verstanden, diese "Klassenschichtung in der Arbeiterklasse" geschickt auszunutzen, indem sie eine Gruppe gegen die andere ausspielten. Wie lange sich das die Arbeiterschaft aber noch gefallen läßt, kann niemand genau sagen.

Im Augenblick stehen die Gewerkschaften aller Schattierungen gleichermaßen bei Fuß. Sie wollten ursprünglich vor 14 Tagen schon ihre Forderung anmelden und zum Angriff gegen die Preiserhöhungen übergehen, warten jetzt aber ab, bis eine neue Regierung gebildet ist.

Jede neue Regierung wird sich also schon bei ihrem Amtsantritt mit den Forderungen der Arbeiterschaft auseinandersetzen haben. Der ehemalige Ministerpräsident Guy Mollet hat schon bereits angekündigt, er werde nur die Regierung übernehmen, wenn die beteiligten Parteien ein Programm des Preis- und Lohnstopps billigen. Ob das allerdings den Gewerkschaften genügt, ist zweifelhaft.

Die offizielle Statistik besagt nämlich, daß die Löhne z.B. der qualifizierten Metallarbeiter um etwa 24% erhöht werden müßten, um bei gleichbleibenden Preisen die gleiche Kaufkraft eines Metallarbeiterlohnes im Jahre 1938 zu haben. Die Unternehmerverbände sagen dagegen, die Zahl sei falsch, weil man auf der anderen Seite - auf der Einnahmeseite für den Arbeitnehmer - die erhöhten Sozialleistungen des Staates hinzurechnen müsse. Selbst wenn diese Behauptung der Arbeitgeber richtig ist, müßte mindestens eine Lohnerhöhung im Rahmen von 10 bis 15% erfolgen, um die Kaufkraft vergleichsweise mit 1938 sicherstellen zu können.

Unsicherheit bei links- und rechtsradikalen

Man könnte annehmen, daß die Kommunisten als die einzige intakte politische Partei Frankreichs, die außerdem noch die Führungskader der größten Gewerkschaftsorganisation (CGT) stellt, das Dilemma in der französischen Politik zu massiven außerparlamentarischen Vorstößen ausnutzt. Aber so paradox es klingen mag: Die KPP ist im Augenblick nicht in der Lage, die bei Wahlen hinter ihr stehenden Arbeitermassen etwa gegen die Algerienpolitik der bisherigen Regierungen zu mobilisieren. Sie ist sich gerade in dieser Frage ihrer eigenen Anhänger nicht sicher. Als die in Paris ansässigen Algerier vor einigen Monaten versuchten, den Aufstand auch in die Metropole zu tragen und als die algerischen Arbeiter in den großen Werken der Pariser Vororte zu neutralisieren, wurden sie von den zum Teil kommunistischen Arbeitern gestoppt. Die Algerier sind auch bei den Arbeitern nicht beliebt. Vielleicht sieht man in algerischen Kollegen den Lehndrücker. Die Stimmung in der Pariser Arbeiterschaft gegenüber dem Algerienproblem läßt sich am besten wie folgt charakterisieren: Man sagt, alle Algerier sollten

auf Schiffe gesetzt und nach Hause gebracht werden. "Dann sind sie unter sich und wir haben Ruhe".

Die Kommunisten wissen offenbar auch nicht ganz genau, wie die Armee sich im Falle ausserparlamentarischer Aktionen verhalten würde. Die extreme Rechte weiss das aber auch nicht. Die Armee ist von ihrer Spitze bis zum Unteroffizierkorps in zwei Lager gespalten. Das eine Lager ist die Gruppe jener Offiziere, die in der Widerstandsbewegung auf der Seite des General de Gaulle gekämpft haben; Im anderen Lager stehen die Offiziere, die mehr oder weniger offen der Vichy-Regierung gedient haben. Dieser Gegensatz ist noch nicht überwunden, und einer der Gründe, warum General de Gaulle bisher politisch inaktiv geblieben ist, dürfte hier zu suchen sein. Auch er kann sich nicht ganz auf die Armee verlassen. Andererseits rechnen die Kommunisten aber damit, dass beim einfachen Soldaten ihre Parolen Anklang finden würden.

Alle die einzelnen Faktoren heben sich jedoch gegenseitig auf. Die Folge davon ist, dass in Grunde genommen niemand mit der Armee rechnen kann. Auch die legale Regierung nicht.

"Krise des Regimes"

In der letzten Zeit und aus Anlass der erneuten Regierungskrise hat man sehr viel von einer "Krise des Regimes" gesprochen und geschrieben. Man fragt sich, ob es angesichts der Entscheidungslosigkeit in der französischen Politik überhaupt noch möglich sei, den Staat auch weiterhin auf der Grundlage der jetzt gültigen Verfassung zusammenzuhalten.

Frankreich hat ein Viel-Parteiensystem. Als relativ stabiler Faktor steht hier eigentlich nur die kommunistische Partei. Es ist z.B. nicht richtig, dass die KPF durch die brutale Intervention der Sowjetunion in Ungarn erschüttert wurde. Als rechtsradikale Gruppen vor etwa einem Jahr das Parteibüro der kommunistischen Partei stürmen wollten, und die KPF die Arbeiter aus den Vorstädten auf die Strasse rief, folgten diese zum Entsetzen der Rechtsradikalen in einem nicht erwarteten Ausmass. Die Stürmer wurden blutig zusammengeschlagen. Bewährte Schocktruppen der Polizei konnten sich nur mit Mühe in die Nebenstrassen retten. Nur wenige Pariser Zeitungen berichteten damals über das Debakel der Rechtsradikalen....

Die Sozialistische Partei ist zwar relativ in Takt, hat aber ihren früheren Einfluss auf die Arbeiter stark eingebüsst. Sie gilt heute im allgemeinen als eine Partei von Staatsangestellten und Beamten und verfügt nur im Norden Frankreichs über eine stärkere Arbeiterbasis.

Das MRP (Mouvement republicain populaire) ist eine typisch katholische Partei; einigermaßen stark besonders in den rein katholischen Gegenden.

Alles was rechts davon steht, ist völlig zersplittert und in eine kaum überschaubare Anzahl von Interessengruppen aufgegliedert. Die Wirtschaftsverbände haben in allen diesen Gruppen ihre Vertrauensleute. Man erzählt sich sogar, - das wird sich jedoch nie beweisen lassen - daß diese Vertrauensleute von den Gruppen und Verbänden bezahlt werden. Selbstverständlich werden in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die Einzelinteressen dieser Gruppen stets hartnäckig verteidigt und in

den Vordergrund aller Erwägungen gestellt. Da aber fast ein Drittel der Nationalversammlung von diesen Gruppen beherrscht wird, sind sie in der Lage - mit oder ohne die Kommunisten - jede gewünschte Entscheidung herbeizuführen oder eine nicht gewünschte zu sabotieren. Eine Regierung also, die nicht mit den Kommunisten paktieren will, ist praktisch auf Gefährdung und Verderb den Gruppeninteressen ausgeliefert.

Aus diesem Grunde ist die naheliegende Idee entstanden, die Verfassung und auch das Wahlgesetz so zu ändern, daß dieser Zustand beseitigt wird. Über das "Wie" wird in ganz Frankreich heftig diskutiert, denn niemand will den über alles geheiligten Freiheitsbegriff unter Umständen notwendig gewordenen Korrekturen an der Verfassung opfern. Ob unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse diese Korrekturen erfolgen werden, ist noch völlig ungewiß. Es kann durchaus sein, daß sich die einzelnen Interessentengruppen vorübergehend wieder einmal auf einen höchst fragwürdigen Kompromiß der Selbsterhaltung einigen. Aber nur vorübergehend, denn bei ersten Anzeichen neuer Krisen politischer oder wirtschaftlicher Art, werden die Interessengruppen wieder aufeinanderprallen. Man erzählt sich z.B., daß die letzte Regierungskrise des Algerienstatut nur zum äußeren Anlaß hatte. In Wirklichkeit habe sich kein Abgeordneter der sogenannten gefährdeten Gruppen und der Rechten mit den Forderungen der Landwirtschaft konfrontieren wollen, die am Donnerstag nach dem Regierungssturz programmgemäß auf der Tagesordnung der Nationalversammlung standen.

"Europa" ?

Wer europäisch denkt, muß das alles bedauern. Es ist nämlich innerlich noch wahr, daß "Europa" ohne ein intaktes Frankreich nicht möglich ist. Aber: nur wenige französische Politiker, auch nicht die sogenannten Europäer, können es sich heute leisten, an Europa zu denken, geschweige denn von Europa zu sprechen. Niemand würde auf sie hören.

Das Wahlergebnis in Deutschland vom 18. September wird ganz allgemein als der Beweis dafür gehalten, daß "die Deutschen" kein Interesse an der Wiedervereinigung haben. Wiedervereinigung Deutschlands und europäische Sicherheit, das sind heute in Frankreich abstrakte Begriffe, die mit der politischen Praxis wenig zu tun haben. "Europa" repräsentiert sich in Frankreich als das westeuropäische Verteidigungsbündnis, zu dem die Deutschen Geld und Truppen beitragen sollen. Die europäische Sicherheit und alles was damit zusammenhängt, ist zur Vokabel im reservierten Sprachgebrauch der Militärs geworden. Im Übrigen aber: "die Deutschen" sind ja gute Soldaten; sollen sie einmal etwas für Europa tun!

Gemeinsamer europäischer Markt? - Ein mitleidiges Lächeln erlangt den wissensdurstigen Journalisten, der einen französischen Politiker nach den französischen Vorarbeiten für die Realisierung dieses Zukunftstraumes fragt. Gewiß, man ist dafür. Aber - und jetzt kommt ein langer Katalog von Vorbehalten, der deutlich macht, wie weit man von der Praxis entfernt ist. Dazu kommt natürlich das nicht zugegebene Bewußtsein, daß erst die Algerienfrage und damit das Problem Nordafrika überhaupt annähernd gelöst werden muß, ehe man ernsthaft an den Gemeinsamen

Markt denken kann.

Die bange Frage

Das französische Volk ist in diesem großen Strudel seiner Gegenwartsgeschichte pessimistisch und optimistisch zugleich. Es lächelt über seine eigenen Regierungskrisen und admiert sich im Grunde genommen genau so über die Halsbrecherischen Versuche eines Politikers, die neue Regierung zustande zu bringen, wie über die überdimensionale Güste der amerikanischen Filmschauspielerin Jayne Mansfield, die gerade am Tage des Regierungssturzes in Paris eintraf. Beide Ereignisse mit den dazugehörigen Bildern, einschließlich der Güste von Jayne, nahm den gleichen Platz auf den ersten Seiten der großen Pariser Zeitungen ein.

Deshalb ist trotz allem was hier geschildert wurde, alles in Frankreich viel weniger verkrampft, als man oft glaubt. Wenn der Gemüsehändler wegen des Streiks der Gemüselieferanten seinen Kundinnen seinen Salat verkaufen kann, wird weniger geschimpft als gelacht. Die Gemüselieferanten haben recht, sagt man. Sie sollten es "denen da oben" mal zeigen! Man lacht, aber mit einem traurigen oder ironischen Blick, der die andere Seite des französischen Lebens widerspiegelt. Diese Seite ist nämlich sehr hart. Es ist ein Leben harter und sehr gehetzter Arbeit, dem der einzelne Franzose etwas hilflos gegenübersteht, dem er aber trotzdem mit bewunderungswürdiger Vitalität seine besten Seiten abzugewinnen versucht.

Der nachdenklichen Freund Frankreichs, der jetzt in dieses Gerübel blickt - nicht um zu kritisieren, sondern um zu erkennen, wohin der Weg führt - kommt die bange Frage auf die Lippen, was aus Europa wird, wenn Frankreich ausfällt.

* * * * *

Verantwortlich: Günter Markschewitz